Stadt Zürich
Gemeinderat

GR Nr. 2026/ 605

4.11.2026

von Reto Brüesch (SVP) und
Karin Weyermann (Die Mitte)

Postulat

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei städtisch kontrollierten Unternehmen sowie deren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften die Wettbewerbsneutralität nachvollziehbar sichergestellt werden kann, wenn diese sowohl öffentliche oder grundversorgungsnahe Aufgaben erfüllen als auch in funktionierenden Wettbewerbsmärkten tätig sind.

Dabei sind insbesondere die Trennung von öffentlichen beziehungsweise monopolistischen und wettbewerblichen Geschäftsfeldern, marktgerechte interne Verrechnungspreise und Finanzierungskonditionen sowiemögliche Quersubventionierungen und der Zugang zu Infrastruktur, Standorten, Daten und Kundenbeziehungen zu prüfen.

Bei wesentlichen neuen Geschäftsfeldern oder Akquisitionen in Wettbewerbsmärkten soll zudem geprüft werden, wie die Auswirkungen künftig auf private Marktteilnehmer und die Vereinbarkeit mit dem öffentlichen Auftrag angemessen berücksichtigt werden können.

Begründung:

Städtisch kontrollierte Unternehmen erfüllen wichtige Aufgaben für Bevölkerung und Wirtschaft. Gleichzeitig sind einzelne dieser Unternehmen auch in Märkten tätig, in denen private Anbieter unter Wettbewerbsbedingungen Leistungen erbringen.

Der Stadtrat hält in seiner Antwort auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2026/332 fest, dass direkte Konkurrenzsituationen insbesondere in den Bereichen Energie und Wohnen bestehen. Gleichzeitig beurteilt er die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft insgesamt als begrenzt und verweist bei der Sicherstellung der Wettbewerbsneutralität unter anderem auf die Trennung der Rollen der Stadt als Eigentümerin, Gesetzgeberin und Auftraggeberin.

Damit bleibt jedoch offen, wie wirtschaftliche Vorteile oder Verflechtungen innerhalb eines städtisch kontrollierten Konzerns konkret ausgeschlossen oder transparent gemacht werden. Dies betrifft insbesondere Finanzierungskonditionen, interne Verrechnungspreise, Quersubventionierungen sowie den Zugang zu Infrastruktur, Standorten, Daten und bestehenden Kundenbeziehungen.

Die aktuelle Entwicklung bei Energie 360° zeigt die Relevanz dieser Fragestellung. Mit der JOYA Mobility AG wurden verschiedene Aktivitäten im Bereich Elektromobilität gebündelt und in einem schweizweit tätigen Unternehmen zusammengeführt. Solche Entwicklungen können wirtschaftlich sinnvoll sein. Sie werfen jedoch die grundsätzliche Frage auf, wie sichergestellt wird, dass staatlich kontrollierte und private Anbieter unter vergleichbaren Bedingungen miteinander konkurrieren.

Eine staatliche Beteiligung soll weder automatisch einen Wettbewerbsvorteil noch einen Wettbewerbsnachteil darstellen. Entscheidend sind transparente und nachvollziehbare Rahmenbedingungen.

Das Postulat verlangt deshalb keine Einschränkung bestimmter Unternehmen oder Geschäftsfelder und nimmt kein Ergebnis vorweg. Es soll geklärt werden, mit welchen organisatorischen, finanziellen und regulatorischen Instrumenten die Wettbewerbsneutralität überprüfbar gewährleistet werden kann.

Damit können öffentliche Aufgaben weiterhin zuverlässig erfüllt und gleichzeitig funktionierende private Märkte vor unbeabsichtigten Wettbewerbsverzerrungen geschützt werden.